

Berufliche Schulen: Kein Abschluss ohne Anschluss

Für die FDP hat der bildungspolitische Leitsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ höchste Priorität. Über das vielfältige Bildungsangebot in den Berufsschulzentren stehen Jugendlichen viele Wege für ihre allgemeine und berufliche Aus- und Weiterbildung offen. In der Regel steht der Erwerb einer bestimmten beruflichen Qualifikation im Vordergrund. Berufliche Schulen bilden an ihren Berufsschulen jedoch nicht nur Handwerksgesellen oder KFZ-Mechatroniker aus. Rund 48 % eines Jahrgangs erwerben die Hochschulzugangsberechtigung an einer beruflichen Schule wie dem Berufskolleg (BK FH) oder dem beruflichen Gymnasium.

Das Berufsbildungssystem sichert durch sein Angebot die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg.

Vor dem Hintergrund des sozio-ökonomischen Wandels stellt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit. Die Herausforderungen ergeben sich aus den steigenden Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes und dem Rückgang der Schülerzahlen. Das Ausbildungswahlverhalten von Jugendlichen hat sich zugunsten vollzeitschulischer Bildungsgänge verändert. Gleichzeitig wird das Gesamtpotenzial für die Ausbildungsnachfrage bis 2025 voraussichtlich um etwa 200.000 Personen zurückgehen. Daher muss mit einer deutlich erhöhten Konkurrenz der Ausbildungseinrichtungen zur Höherqualifizierung Jugendlicher gerechnet werden. Gleichzeitig verweist die Entwicklung der Schülerzahlen in berufsvorbereitenden Bildungsgängen wie dem BVJ auf die bildungspolitische Herausforderung, noch mehr Jugendliche schon in den allgemein bildenden Schulen zur Ausbildungsreife zu führen.

Vor allen Dingen ländliche Regionen werden vom demografischen Wandel betroffen sein. In Zukunft werden zur Hochschulreife führende Bildungsgänge an beruflichen Schulzentren ihre schon heute wichtige Bedeutung noch vergrößern. Vielfältige, den regionalen Bedingungen angepasste Formen von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen sind der Schlüssel zum Erhalt wohnortnaher Angebote. Ein Ziel bildungsplanerischer Überlegungen von uns Liberalen ist es, das bestehende Angebot in seiner Grundstruktur möglichst weitgehend zu erhalten und Ressourcen effizient zu nutzen, ohne Doppelstrukturen aufrecht zu erhalten. Wichtigstes Kriterium für den Erhalt oder Ausbau der Bildungslandschaft ist dabei die Qualität von Schule und Unterricht.

Um die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen noch weiter zu steigern, werden wir Liberalen:

- die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen zur Verbesserung der Ausbildungsreife stärken.
- die Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen in Klasse 10 für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen öffnen, so dass über zur Verfügung stehende Ressourcen abzuleistende Stunden flexibel verteilt werden können (z.B. durch Ressourcen der einjährigen Berufsfachschulen oder Berufsschulen).
- Jugendliche aus ausbildungsferneren Gruppen durch ein verbessertes Übergangsmanagement mit individueller Betreuung verstärkt aktivieren.
- das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VAB) als die Schulart des Übergangssystems zur Erlangung des Hauptschulabschlusses flächendeckend einführen.
- Dualisierung berufsvorbereitender Bildungsgänge nicht einseitig zu Lasten der Betriebe vorantreiben.
- die Attraktivität der dualen Berufsausbildung durch weniger spezialisierte Ausbildung, ein flächendeckendes Angebot an Zusatzqualifikationen und Doppelqualifizierungen sowie die Nutzung internationaler Austauschprogramme steigern.
- eine ausreichende teil- und vollzeitberufsschulische Infrastruktur im ländlichen Raum sicherstellen, insbesondere durch die verstärkte Miteinbeziehung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, die auch einer Ausweitung beruflicher Weiterbildungsangebote dienen.
- als Hilfestellung bei Lernschwächen und zur Förderung der Deutsch-Sprachkenntnisse bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund das Programm "Individuelle Lernbegleitung" flächendeckend einführen.
- die beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen weiterhin bedarfsgerecht ausbauen, nicht nur im gewerblich-technischen oder im sozialwissenschaftlichen Bereich.
- die Berufskollegs moderat ausbauen.
- Angebote eines gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen auch an beruflichen Schulen voranbringen.
- vor allem in der zweiten Phase der Lehrerausbildung einen stärkeren Schwerpunkt auf den Erwerb und die Vermittlung von interkultureller und medienpädagogischer Kompetenz legen.
- die Finanzierung beruflicher Schulen in freier Trägerschaft durch eine ausreichende staatliche Bezuschussung sicherstellen.
- das Instrument der flexiblen Lehrereinstellung, insbesondere durch die schulbezogenen Stellenausschreibungen, erhalten und ausbauen.

- den Lehrermangel an beruflichen Schulen beseitigen und die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung auch durch die Herstellung der gleichen Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen wie an allgemeinen Schulen zum Ausdruck bringen. Dabei soll das Instrument des Direkteinstiegs an Schulen und die vorgezogenen, schulbezogenen Stellenausschreibungen insbesondere auch für den ländlichen Bereich beibehalten werden.
- Weiterbildungsangebote sowohl an beruflichen Schulen zur besseren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung als auch an Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten fördern.
- an Fachschulen das Angebot zur Aufstiegsfortbildung ausbauen.
- Netzwerke im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung zur Vermeidung von teuren Doppelstrukturen ausbauen.